

Babak Khalatbari

Die Kabuler Resolution – zivilgesellschaftlicher Umgang mit Selbstmordattentaten in Afghanistan

Am 13. November Jahr 2001 begann der militärische Konflikt mit der Talibanbewegung in Afghanistan mit deren Vertreibung aus der Hauptstadt Kabul. Was als Aufbruch des kriegsgeschundenen Landes in eine bessere Zukunft begann, droht nun schlimmstenfalls zu scheitern. Der Einfluss der Islamisten wächst wieder, Korruption grassiert, eine Opiumrekordernte folgt der anderen und die Intensität des militärischen Konflikts im Land zwischen Hindukusch und Sefid-e-Koh überschattet mittlerweile anscheinend selbst die Gewaltspirale im Irak. Besonders die immer mehr an Quantität wie Qualität zunehmenden Selbstmordanschläge in Afghanistan werden in den internationalen Medien ein immer präsenteres Bild. Sie tragen durch ihr unkalkulierbares und menschenverachtendes Kalkül bei der Zivilbevölkerung, dem afghanischen Staatsapparat, den Truppen der *International Security Assistance Force* (ISAF) und den Entwicklungshelfern zu einer immer größeren psychischen Belastung bei. Um die themenspezifische Brisanz der Gesamtentwicklung im Zeitraum des Jahres 2008 zu erkennen, ist ein Rückblick auf einige wichtige Entwicklungen seit dem Jahr 2002 erforderlich. Aus diesem Grund wird im Folgenden auf die gesellschaftlichen wie sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen eingegangen, um sich dann speziell auf das Phänomen der Selbstmordattentate im Jahr 2007 und dem zivilgesellschaftlichen Umgang mit diesem Thema zu fokussieren.¹

1. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Zu Anfang des Jahres 2005 ergab sich der Eindruck, dass die im Petersberg-Prozess geschaffenen Institutionen mit demokratischem Leben ausgefüllt werden könnten. Erste Verstimmungen und Zweifel traten schon bei den Ergebnissen der Parlamentswahlen im Dezember 2005 zu Tage.² Das demokratische Potential des Landes konnte sich seitdem nicht wie gewünscht, erhofft und dringend notwendig entfalten. Politische Parteien nach westlichen Standards gibt es weder de jure noch de facto, wurden sie doch bis vor kurzem vom offiziellen politischen Leben ausgeschlossen. Mit der Begründung, Parteien seien unter anderem für den Bür-

¹ Der folgende Beitrag stellt die persönliche Meinung des Autors dar. Das Manuskript wurde im August 2008 fertig gestellt.

² Die KAS-Kabul berichtete hierüber ausführlich: http://www.kas.de/wf/doc/kas_8949-544-1-30.pdf.

gerkrieg verantwortlich gewesen, wurde der Entwurf für ein Parteiengesetz bis zum Jahr 2003 zurückgehalten. Das Gesetz für die Parlaments- und Provinzratswahlen aus dem Jahr 2005 konzentrierte sich auf Einzelkandidaten und nicht Parteien oder andere Listen. Auch wurde die Angabe einer gegebenenfalls möglichen Parteizugehörigkeit auf den Wahlzetteln nicht gestattet. Im Ergebnis dieser Taktik zur eigenen Machtabsicherung ist das Spektrum marginalisierter Parteien weit gefächert³ und ein zerstrittenes wie auch fragmentiertes Parlament wird von der Majorität der Bevölkerung nicht als „Volksvertretung“ wahrgenommen. Dies verwundert auch unter dem Gesichtspunkt nicht, dass rund 80 der noch lebenden 240 Parlamentarier Kommandeure bewaffneter Milizgruppen sind. Ebenso findet man auf den Sitzen des Parlaments Drogenbarone, Kriegsverbrecher und Radikal-Islamisten. Nur eine Gruppe von etwa 35 Parlamentariern kann als demokratisch, moderat und liberal angesehen werden. Der politische Einfluss der subnationalen Ebene wurde zudem durch eine restriktive Gesetzgebung der Karzai-Regierung zu eigenem Gunsten minimiert. Gewählte Gremien auf Provinz-, Distrikt- und Dorfebene werden durch die Überzentralisierung Kabuls marginalisiert und in ihrem beschränkten Handlungsrahmen manipuliert. Die Formel für politische Karrieren in Afghanistan scheint, wie Thomas Ruttig zutreffend formulierte, auf der Erkenntnis zu basieren, dass Nähe zu Karzai vor Kompetenz geht.⁴ Mit den weitreichenden Kompetenzen⁵ verfügt der afghanische Präsident über ein Instrumentarium, mit dem er politische Prozesse in dieser oder jener Richtung entscheidend beeinflusst hat und auch weiter zu seinem, zumindest vermeintlichen, Vorteil beeinflussen wird. Speziell die Schwächung traditioneller, tribalistischer Bindungen (seit 2002), die gescheiterte Demilitarisierung (2002/2003) und das damit verbundene Wiedererstarken der Miliz-Kommandeure und Warlords (seit 2002), die Etablierung einer landesweit agierenden Drogenmafia (seit 2002), die ausufernde Korruption (seit 2003) sowie die immer mehr Zulauf verzeichnende militante Opposition (seit 2005) sind die großen Herausforderungen für die afghanische Regierung und die internationale Staatengemeinschaft – vor allem vor dem Hintergrund, dass diese negativen Entwicklungen zu einem gewissen Bruchteil der Insurgentenbewegung in die Arme spielen.

³ Bei den Parteien in Afghanistan kann zwischen drei Strömungen differenziert werden: der islamistischen, der säkular-linken und der ethnisch-nationalen.

⁴ Thomas Ruttig, *Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie* (Stiftung Wissenschaft und Politik), Berlin, Juni 2008, S. 25.

⁵ Der Präsident ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, ernennt Kabinettsmitglieder, die Mitglieder des obersten Gerichts, Gouverneure, Polizeichefs, Distriktverwalter, Mitglieder von Kommissionen und entscheidet auch über den Einsatz von Diplomaten bis fast zu den untersten Rängen. Das Präsidialbüro, der sogenannte ARG, ist mit seinen vielfältigen Beraterposten im Ministerrang die „Schaltzentrale“ der Macht.

In diesem Lichte erscheinen die bislang erzielten Erfolge beim Wiederaufbau massiv gefährdet. Die Pariser Afghanistan-Konferenz hat versucht, dieser Situation Rechnung zu tragen. Der in der Pariser Deklaration sichtbare Paradigmenwechsel in der Herangehensweise der Internationalen Gemeinschaft als auch der afghanischen Seite kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin in Afghanistan eine US-geführte Strategie der militärischen Bekämpfung der militanten Opposition und der Stabilisierung der Lage bestimmend ist. Die Vereinten Nationen haben nicht die Führung bei der Stabilisierung der vermeintlichen Postkonfliktsituation in Afghanistan. Offenbar ist der Konflikt noch nicht beendet und es ist zu hoffen, dass die Pariser Deklaration auch in der Praxis das Mandat des Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen stärkt.

Einige Auftritte von Hamid Karzai gegen Mitte Mai 2008 vermittelten den Eindruck, als wolle der Präsident seinen Wahlkampf mit Verbalattacken gegen Pakistan führen, um von eigenen Misserfolgen im Lande abzulenken. Seit Paris waren verbale Ausfälle gegen die Internationale Gemeinschaft versiegt, denn von dort sollte laut Pariser Deklaration die verstärkte und besser koordinierte Unterstützung herkommen. Ob die afghanische Seite die in Paris eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen bereit und instande war, erschien als höchst fraglich, fand doch vor der Kulisse des Präsidentschaftswahlkampfes ein islamkonservativer Politikumschwung vieler politischer Akteure statt, von dem auch Karzai nicht unberührt ist. Die Kontinuität dieses Trends käme einem Rückbau der bisherigen demokratischen Entwicklungen gleich. Ohne einen zweifachen Ansatz – top-down und bottom-up – würde es bestenfalls bei einer afghanischen Fassadendemokratie bleiben, die immer mehr von bewaffneten Islamisten und der Drogenmafia dominiert und ausgehöhlt werden könnte.

Die Perzeption von ISAF und NATO als „Schutztruppe“ verliert in Afghanistan mit jedem Jahr mehr Sympathisanten, vor allem, weil die Zahl der zivilen Opfer enorm zugenommen hat und die Propaganda der militanten Opposition (einschließlich Talibanbewegung) diese Entwicklung demagogisch geschickt ausspielt. ISAF und NATO werden mittlerweile von der Majorität der Landbevölkerung als „Besatzer“ und „Feinde“ und auch von immer größer werdenden Teilen der Stadtbevölkerung kritisch betrachtet.

Das Karzai-Regime nimmt man verbreitet als deren Marionetten (wörtlich „Hundewäscher“, *sag-e-schuiian*) wahr. Hinzu kommt der Verlust an Legitimität, den das Regime wegen zunehmender Korruption und augenfälliger Inkompetenz in vielen Bereichen erleidet. Erschwerend für die Durchsetzung demokratischer Normen wirkt die Sicht vieler lokaler religiöser Entscheidungsträger, die keiner anderen als der islamischen Rechtsprechung Bedeutung beimessen. Internationales und Völkerrecht sowie demokratische Prinzipien sind nach ihrer Auffassung der Sharia unterzuordnen oder überhaupt als für Afghanistan systemfremd

abzulehnen. Diese speziell im Osten und Süden vorhandene Entwicklung bildet das ideologische „Rückgrat der Insurgentenbewegung“.

2. Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich generell seit dem Jahr 2005 und insbesondere im Jahr 2007 verschlechtert. Es gibt mittlerweile erhebliche Unterschiede zwischen den sicherheitspolitischen Entwicklungen im Norden und Westen sowie Süden und Osten des Landes und den damit verbundenen Rahmenbedingungen. Opferreiche Terror- und Selbstmordanschläge gegen Militärangehörige, Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft und Ausländer nahmen zu und scheinen zu der neuen Kampfstrategie der Aufstandsbewegung zu gehören. Die Hauptstadt Kabul war in punkto Anschlagsgefahr, speziell im zweiten Halbjahr 2007, vermehrt in den Fokus der Terroristen gelangt. Bei den sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen spielen die Instrumente der psychologischen Kriegsführung (Selbstmordanschläge, gezielte Ermordungen und Einschüchterungen) ebenso eine gewichtige Rolle wie die eigentlichen militärisch relevanten Instrumente (Operationen auf Distrikt- und Dorfebene, Sprengfallen, etc.) der *regierungsfeindlichen Kräfte* (RFK). Eine Zunahme der Selbstmordanschläge konnte im Berichtszeitraum 2008 bislang nicht beobachtet werden. Wenn Selbstmordanschläge auch in der Öffentlichkeit eine hohe Aufmerksamkeit erzielen, wie beispielsweise der Anschlag auf die indische Botschaft in Kabul am 7. Juli 2008, so machen sie weiterhin nur einen sehr geringen Teil (ca. 2,1 %) aller sicherheitsrelevanten Zwischenfälle aus. Generell hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan in den ersten fünf Monaten des Jahres 2008 im Verhältnis zum Vorjahr verschlechtert. Die Anzahl der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle steigerte sich 2008 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2007 um rund 40 %. Ebenso erhöhte sich die Anzahl der abgeworfenen Bomben um 40 %. Alleine im Monat Juni 2008 wurden 646 Bomben in Afghanistan, im Durchschnitt rund 21 Bomben pro Kalendertag, abgeworfen.⁶ Im Gegensatz dazu stieg auch der Einsatz von IEDs (*Improvised Explosive Devices*) 2008 gegenüber 2007 an und macht inzwischen etwa 17 % aller Zwischenfälle aus.

3. Selbstmordattentate in Afghanistan: Politische Zielerreichung auf drei Ebenen

Im gesamten Zeitraum der Mudschaheddin-Ära kam es zu keinem einzigen Selbstmordattentat gegen die Sowjet-Truppen. Das erste Selbstmordattentat ereignete sich in Afghanistan am 9. Sept. 2001 bei der Ermordung des militäri-

⁶ The Economist, July 19th 2008: *Dawn Raid, The Taliban show that they are not just suicide bombers*, S. 34.

schen Führers der Nord-Allianz, *Ahmad Shah Massoud*. Dieses Datum ist aus zweifacher Sicht ein elementarer Wendepunkt in der neueren Geschichte Afghanistans. Zum einen, weil eine neue Kriegstaktik seit rund 30 Jahren Kriegsgeschehen in Afghanistan zum Zug kam und zum anderen, weil man es mit dieser Taktik vermochte, einen langjährigen politischen Konkurrenten zu liquidieren. Das Ergebnis dieses lange angelegten und präzise ausgeführten Selbstmordanschlags war die physische und psychologische Beeinflussung des militärischen Gegners. Die Strategie bei dem Selbstmordanschlag gegen Massoud am 9. Sept. 2001 hätte „*think local – act local*“ lauten können. Man wollte mit einer lokalen Operation einen lokalen Widersacher beseitigen, um so die Nord-Allianz zu schwächen.

Bei den Selbstmordanschlägen am 11. Sept. 2001 basierte die Strategie vielmehr auf der Basis von „*think global – act global*“. Mit dem internationalen Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon verfolgte man das Lancieren einer globalen Nachricht, der Erklärung des globalen Terrorkriegs gegen den Westen durch die al-Qaida und ihre Verbündeten. Die dritte Strategie basiert auf der Gleichung „*think local – act global*“. Hierbei wird europäischen Staaten mit verheerenden Selbstmordanschlägen gedroht, wenn man beispielsweise nicht die militärischen Truppen aus dem Irak oder Afghanistan abzieht.⁷ Bei den in Afghanistan geplanten oder umgesetzten Selbstmordanschlägen sind oftmals die Motive den oben genannten drei Ebenen zuzuordnen.

3.1 *Historie und Entwicklung des Instruments Selbstmordattentat (2002 - 2007)*

Generell blieb der Einsatz von Selbstmordattentätern bis Mitte 2005 limitiert. Im Zeitraum 2001 bis 2005 ereigneten sich lediglich insgesamt sechs Selbstmordanschläge in Afghanistan. Im Jahr 2002 ereignete sich kein einziger Anschlag, im Jahr 2003 zwei Anschläge, im Jahr 2004 drei Anschläge, im Jahr 2005 schon 17 Anschläge und im Jahr 2006 ganze 123 Anschläge.

Bis Jahresende 2007 ereigneten sich in Afghanistan mehr als 140 Selbstmordanschläge. Zudem kamen im Jahr 2007 mehr als 6500 Menschen bei militärischen Auseinandersetzungen ums Leben. Im Jahr 2006 waren es im Vergleich rund 4000 Personen.

⁷ Die Zuganschläge von Madrid waren eine Serie von zehn durch islamistische Terroristen ausgelöste Bombenexplosionen am 11. März 2004. Nach Angaben des spanischen Innenministeriums kamen 191 Menschen ums Leben, 2051 wurden verletzt, 82 davon schwer. Der Anschlag knapp vor der Wahl und die fragwürdige Informationspolitik der alten Regierung verfehlten ihre Wirkung nicht. Alle Prognosen vor der Wahl auf den Kopf stellend, gewannen die Sozialisten PSOE die spanischen Parlamentswahlen am 14. März 2004. Ein Truppenrückzug der Spanier aus dem Irak folgte wenig später.

Die Angriffsstrategie der Neo-Talibanbewegung kalkuliert kühl zivile Opfer ein. Gezielt werden Bombenanschläge, Selbstmordanschläge und Angriffe so genutzt, dass bei den Verbänden der ISAF und der *Operation Enduring Freedom* (OEF) aus Sicherheitsgründen immer größere Distanz zu afghanischen Zivilisten gesucht werden muss. Die Taktik der militanten Oppositionskräfte, sich nach Angriffen in bewohnte Gebiete zurückzuziehen, um dann die Zivilbevölkerung zum eigenen Schutz zu nutzen, wird die internationalen Schutztruppen in nächster Zeit vor ein schwieriges Problem stellen. Ebenso der einseitige Propagandakrieg mit den zivilen Opferzahlen. Für das weitere Vertrauensverhältnis zwischen der afghanischen und internationalen Seite ist es daher umso wichtiger, sich aktiv für die unbedingte Verminderung von Kollateralschäden einzusetzen. An dieser Stelle muss betont werden, dass dem Selbstmordattentat eher ein psychologischer als ein militärischer Charakter bescheinigt werden muss. Das perfide Oberziel hinter der Strategie der Selbstmordattentate ist eher die Einschüchterung und Verunsicherung nicht nur der ausländischen Soldaten, sondern auch der einheimischen Bevölkerung. In besonderer Form wurden von der Neo-Talibanbewegung diesbezüglich die afghanischen Mullahs und Imame fokussiert.⁸

3.2 Generelle Trends

Bei den Selbstmordanschlägen ist eine steigende Quantität in Verbund mit einer immer opferfordernden Qualität, sprich Letalität, zu verzeichnen. Ferner gipfelte der Einsatz von Selbstmordanschlägen ganz speziell im Jahr 2007. In jedem Monat des Jahres 2007 erfolgten mehr Anschläge als im Vorjahr. Die so genannten *Body Borne Improvised Explosive Devices* (BBIEDs) nehmen zusätzlich gegenüber den so genannten *Vehicle Borne Improvised Explosive Devices* (VBIEDs) zu. Die von Selbstmordattentaten besonders gefährdeten Provinzen waren im Jahr 2007 vor allem Kandahar mit 25, Kabul mit 17 und Khost mit 10 Selbstmordanschlägen. In den meisten Fällen sprengen sich die Terroristen mit Hilfe von Sprenggürteln in die Luft oder steuern mit Sprengstoff beladene Fahrzeuge in ihre Angriffsziele. Man kann schon fast von einer „Irakisierung“ der Rahmenbedingungen sprechen, da sich in Afghanistan eine immer enger miteinander verwobene Interaktion von Bedrohung und Gefahrenprävention herauszukristallisieren beginnt. Insgesamt nahmen im Jahr 2007 die Selbstmordanschläge auf internationale Ziele im Vergleich zu 2006 ab, erhöhten sich jedoch auf afghanische Ziele, wie z.B. die *Afghan National Police* oder die *Afghan National Army*, um ca. 33 %. Die Verunsicherung, Einschüchterung und Beeinflussung der Majorität der afghanischen Bevölkerung begann sich ebenfalls im Jahr

⁸ Siehe hierzu speziell: Mohammed Belal El-Mogaddedi / Babak Khalatbari, *Afghanistans gordischer Knoten – kann sich das Land vom radikalen Islamismus befreien?*, in: Neue Zürcher Zeitung vom 15. Juni 2007, S. 45.

2007 abzuzeichnen. Der Einsatz von Selbstmordanschlägen eskaliert – in jedem Monat des Jahres 2007 erfolgten mehr Anschläge als in 2006.

Gegenwärtig fragt man sich oft, wie die Neo-Talibanbewegung wieder erstarren konnte und warum sie in manchen Landesteilen Afghanistans Unterstützung erfährt. Die Antwort liegt teilweise in den ethnischen Machtverschiebungen des Jahres 2001/2002. Das Vorhaben der Vereinten Nationen Kabul als de- oder entmilitarisierte Zone zu erhalten, war zum Scheitern verurteilt, als der Nordallianz von den USA gestattet wurde, die Hauptstadt zu besetzen. Ethnisch wie politisch wurde damit den Nachkriegsverhandlungen entscheidender Boden entzogen. Erstmals in der Geschichte Afghanistans sahen sich die tadjikischen Führer in der Lage, die historisch gewachsene paschtunische Dominanz zu brechen. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde der Versuch unterlassen, verhandlungsbereite, moderate Vertreter der Talibanbewegung in den politischen Prozess mit einzubeziehen und so die Talibanbewegung aufzubrechen und zu schwächen. Da in paschtunischen Gebieten südlich von Kabul die Bevölkerung weitgehend von der Talibanbewegung entwaffnet wurde, hatten die Tadjiken es relativ einfach, entlang der Fernverkehrsstraßen nach Süden vorzustoßen und den angrenzenden Gebieten ihr Regime aufzuzwingen. Mit dem parallel dazu verlaufenden Prozess der Stigmatisierung der „Paschtunen als Taliban“, wurden auch die traditionellen Stammeseliten vom politischen Prozess ausgeschlossen. Eine erste Folge dessen war die absolute Unterrepräsentanz paschtunischer Vertreter bei den Bonner Verhandlungen. Dieser Sachverhalt bewirkte anhaltende Spannungen, die die Karzai-Regierung dazu zwangen, mit hohem zeitlichen wie finanziellen Aufwand ethnisch ausgleichende Kompromisse zu suchen. Nicht zuletzt diese Auseinandersetzungen liefern der Neo-Talibanbewegung zunehmend Nährboden im Süden und Südosten Afghanistans.⁹

3.3 Wer sind die Selbstmordattentäter?

In Afghanistan verfügen die Selbstmordattentäter oftmals über drei Grundeigenschaften. Erstens sind bislang alle Attentäter männlichen Geschlechts gewesen, zweitens relativ jung (in der Regel zwischen 14 und 25 Jahren) und drittens verfügen alle über einen regionalen Hintergrund. Der letzte Punkt scheint sich jedoch ab dem Jahr 2008 durch die Aktivitäten der internationalen Terrornetzwerke

⁹ Eine generelle Übersicht über die Gesamtentwicklung in Afghanistan ist nachzulesen in: Babak Khalatbari, *Afghanistan unter dem Terror der Taliban*, in: APuZ 39, 2007, S. 20f. Eine spezielle Studie über den gegenwärtigen Aufbau der Taliban ist die Folgende: Thomas Ruttig, *Die Taleban nach Mulla Dadullah, Ihre Strukturen, ihr Programm - und ob man mit ihnen reden kann*: SWP-Aktuell 2007/A 31, Juni 2007 (Download unter: www.swp-berlin.de).

ke immer mehr aufzuweichen.¹⁰ Ferner lassen sich die Selbstmordattentäter aus Sicht des Verfassers generell in drei Kerngruppierungen aufgliedern. Die erste Gruppe rekrutiert sich aus den *Individual-Selbstmordattentätern*, die nach erfolgten Kollateralschäden aus Rachegeleuten und Vergeltung töten. Oder aber aus einer anderen Motivation heraus – jedoch aus einem individualistischen Motiv und aus eigener Kraft – ein Selbstmordattentat verüben. In den meisten Fällen sind die Anschlagziele kurzfristig und unprofessionell ausgesucht, es kommen oftmals bei solchen Anschlägen nur die Selbstmordattentäter um.

Die zweite Gruppe besteht aus den *sozialisierten Selbstmordattentätern*, die meistens Absolventen einer Islamisten-Madrassa sind. Sehr oft ist diese Personengruppe gut geschult und kennt sich mit Taktik, Zielen und Material bestens aus. Erschwerend kommt bei der Bedrohung durch diese Personengruppe hinzu, dass Ausbildungslager internationaler islamistischer Terrorzellen kontinuierlich „potentielle Humanbomben“ hervorbringen. Manchmal bedient man sich aber auch der ungebildeten Unterschicht, hierbei dominieren religiöse wie materielle Versprechen, bei denen die Spanne von paradiesischer Erlösung über Mobiltelefone bis hin zu Motorrädern reicht.

Die größte Bedrohung geht allerdings von *organisierten Gruppenmitgliedern* aus, da diese auf mannigfaltige Ressourcen, Aufklärung, Logistik, Netzwerke und Rückzugsgebiete zurückgreifen können. Die Anschläge gehen zielgerichtet gegen militärische wie gesellschaftliche Gegner und verfügen in vielen Fällen über Symbolcharakter, wie beispielsweise das Selbstmordattentat gegen die indische Botschaft in Kabul am 7. Juli 2008. Die Koordination mehrerer Anschläge – neuerdings sogar im gleichen Zeitraum auf beiden Seiten der afghanisch-pakistanischen Grenze – sowie die enorme Intensivierung der Letalität der Anschläge muss auf das Konto dieser Personengruppe verbucht werden.

3.4 Wer sind ihre Unterstützer und mögliche Masterminds?

Für fast alle Selbstmordattentate werden die Taliban aber auch die *Hizb-e-Islami* von *Gulbuddin Hekmatyar* verantwortlich gemacht. Mögliche Masterminds und Unterstützer stammen somit größtenteils aus den Reihen der Neo-Talibanbewegung und der radikalen *Hizb-e-Islami*. Aber auch Mitglieder des pakistanischen Geheimdienstes *Inter-Services Intelligence* (ISI) mit radikal-islamistischem Hintergrund könnten entgegen offizieller Weisung aus Islamabad, sozusagen auf eigene Rechnung, in die Selbstmordattentate durch passive oder aktive Unterstützung involviert sein. Ferner kommen den Ethnien und Stämmen im af-

¹⁰ Beispielsweise durch die Integration europäischer Konvertiten in den Jihadi-Terrorismus. Seit Anfang 2008 scheint die *Islamische Jihad Union* (IJU) eine zentrale Rolle zu spielen, siehe so den Fall des seit Mai 2008 in Pakistan und Afghanistan gesucht und verdächtigten Eric Breininger.

ghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, das oftmals von den Radikal-Fundamentalisten als Rückzugsgebiet genutzt wird, eine Schlüsselstellung zu.

3.5 Mögliche Zielsetzungen der Attentäter

Eines der strategischen Oberziele der Selbstmordattentäter ist die Schaffung eines zusätzlichen psychologischen Kriegsinstruments, um den Konflikt in die urbanen Zentren Afghanistans zu tragen. Ferner verfügt die Aufstandsbewegung mit Selbstmordattentaten über ein einschüchterndes Instrument, das man während der harschen Winterzeit, in der ansonsten sämtliche operationellen Militärkampfhandlungen größtenteils brachliegen, einsetzen kann. Darüber hinaus ist ein weiteres Ziel der RFK, durch eine Verschlechterung der generellen Sicherheitslage in Afghanistan den Radius der Kontrolle von ISAF/NATO zu reduzieren, aber auch die internationale Entwicklungszusammenarbeit einzugrenzen und an einer landesweiten Implementierung zu hindern. Letztlich wird oftmals das Selbstmordattentat auch benutzt, um Einfluss auf die strukturelle Basis der afghanischen Staatsgewalt und die jeweilige lokale Sicherheitsperzeption zu nehmen. Insgesamt wurde das Jahr 2007 als das „blutigste Jahr“ für Afghanistan seit dem Sturz der Taliban bezeichnet. Die Veränderung der Rahmenbedingungen erzeugt im afghanischen Alltag immer mehr eine Interaktion von Bedrohung und Gefahrenprävention, sowohl durch nationales wie internationales Militär als auch staatliche Einrichtungen und Hilfsorganisationen. Mittlerweile wird von den Vereinten Nationen mehr als die Hälfte der Landesfläche von Afghanistan für den Einsatz von Entwicklungshilfeprojekten als zu gefährlich eingeschätzt. Diese Regionen werden als so genannte Regionen mit „extreme risk to aid workers“ definiert. Im Hinblick auf die demokratische Entwicklung des Landes und des sich anbahnenden Präsidentschaftswahlkampfes 2009 und Parlamentswahlkampfes 2010 ist ferner kritisch anzumerken, dass Selbstmordattentate – speziell nach dem verheerenden Anschlag auf Parlamentarier in Baghlan am 6. Nov. 2007 – die Volksnähe der afghanischen Mandatsträger und Staatsvertreter negativ beeinflussen wird. Ebenso kann das Verhalten und die Involvierung der Hizb-e-Islami in Anschläge und Selbstmordattentate als primitiver Versuch gewertet werden, sich an den „Verhandlungstisch“ bomben zu wollen. Letztlich versprechen sich die Selbstmordattentäter durch ihre oftmals mediale Aufmerksamkeit erregenden Anschläge einen gewissen Einfluss auf die Entsendebereitschaft von westlichen NATO-Staaten auf Grund der steigenden Opferzahlen.

4. Die Kabuler Resolution

Zentrale Frage beim KAS-Projekt „Das Selbstmordattentat – eine Straftat gegen den Islam?“ war, inwieweit Extremisten den Islam für ihre Ziele missbrauchen. An dem KAS-Projekt nahmen hochrangige Imame aus Afghanistan teil. Der Se-

natspräsident und Vorsitzende der afghanischen Friedenskommission, Dr. Sebghatullah Al-Mojaddidi, fungierte als Schirmherr des Projekts. Ziel der Veranstaltung war, auf der Basis islamischer Quellen, die Ächtung des militanten Suizids mit Hilfe einer *Kabuler Resolution*, die von islamischen Gelehrten verfasst wurde. Dieses Manifest soll nun dazu beitragen, das Selbstmordattentat als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Islam zu verurteilen. Das Oberziel der Veranstaltung und der Teilnehmer basierte generell auf der Basis der Aufklärung und speziell auf der Hoffnung, zur Verringerung von Selbstmordanschlägen beizutragen. Dem Seminar schloss sich eine multimediale Pressekonzferenz, ein zweiminütiger Fernsehspot, eine Plakat-Aktion, eine mehrsprachige Publikation, die Produktion eines Audiotapes sowie einer Umfrage an.¹¹ Die gemeinsame Verabschiedung der *Kabuler Resolution* zur Ächtung des Selbstmordattentats als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Islam kann als der letzte Versuch des Aufbaus der moderaten Mullahs gegen den extremistischen Taliban-Terror in Afghanistan eingeschätzt werden. Dass in diesen schwierigen Zeiten ausgerechnet eine deutsche Stiftung den islamischen Theologen beisteht, war 2007 angesichts der sich im Rahmen der Islamkonferenz in Deutschland entwickelnden Annäherung zwischen dem Staat und den im Staat lebenden Muslimen ein wichtiges außenpolitisches Zeichen, das signalisiert, wie ernsthaft ein nicht-muslimisches Land um den Dialog mit der Islamischen Welt bemüht ist. Das Projekt brachte einen erstmaligen medialen Umgang mit dem Thema Selbstmordattentate auf den Weg. Ferner erfolgte durch die Einbindung religiöser Autoritäten der Zivilgesellschaft die Sicherstellung, dass es sich bei der *Kabuler Resolution* um eine authentische, afghanische Botschaft an Mitbürgerinnen und Mitbürger und nicht um ein klassisches Einwirken von Außen handelte. Der Islamgelehrte *Maulawi Khumaro*, der ebenfalls die Kabuler Resolution führend unterstützte, wurde auf Grund seiner moderaten Äußerungen von der Talibanbewegung für vogelfrei erklärt und lebt seitdem aus Sicherheitsgründen in dem gut bewachten Haus seines Freundes und Mitstreiters Sebghatullah Mogaddedi. Dieser kann Khumaros derzeitige Existenzängste gut einschätzen, überlebte Senatspräsident Mogaddedi doch im März 2006 selbst nur knapp ein Attentatsversuch auf der Fahrt zur afghanischen Nationalversammlung. Trotz der massiven Einschüchterung der Taliban will Khumaro dennoch nicht nachgeben und begründet sein leidenschaftliches Engagement für den moderaten Islam mit den folgenden Worten: „Viele meiner Weggefährten habe ich friedlich oder einen gewaltsamen Tod sterben sehen. Jetzt, wo ich mich meinem Lebensende nähere, fühle ich mich wie der letzte Vogel in einem Garten, in dem es keine weiteren Vögel zu geben scheint. Solange ich aber noch in diesem Garten verweilen

¹¹ Die Kabuler Resolution ist als Online-Dokument abrufbar unter: http://www.kas.de/proj/home/pub/80/1/year-2007/dokument_id-11110/index.html.

darf, werde ich mein Lied über den Islam singen – einem Islam, der mit Selbstmordattentaten nichts zu tun hat.“¹²

5. Fazit und Ausblick

Das Fazit in Bezug auf die tragische Entwicklung von Selbstmordanschlägen in Afghanistan ist recht düsterer Natur. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die Anzahl der Selbstmordanschläge zukünftig in Afghanistan wie auch in Pakistan vielleicht noch zunehmen, zumindest aber für einen kurz- bis mittelfristigen Zeitraum gleich bleiben. Der im Zusammenhang mit Selbstmordattentaten praktizierte Terrorismus in Afghanistan kann als eine Form der Gewaltanwendung beschrieben werden, die im Wesentlichen über indirekte Effekte der Gewalt versucht, den Erfolg zu erringen. Die terroristischen Strategien zielen demnach nicht auf die unmittelbaren physischen, sondern auf die psychischen Folgen der Gewaltanwendung ab. Sie sind weniger an den materiellen Schäden – dem Ausmaß der Zerstörung, der Anzahl von Toten, dem Zusammenbruch der Versorgungssysteme – interessiert, sondern eher an dem Schrecken, der dadurch verbreitet wird.¹³ Die Selbstmordanschläge in Afghanistan müssen daher größtenteils als psychologisches Instrument verstanden werden, d. h. in der Gesamtbewertung kann ihnen kein militärischer Erfolg zugestanden werden. Dies könnte sich aber gegebenenfalls auch ändern, wenn beispielsweise durch spektakuläre Terroranschläge eine internationale Auswirkung erzielt wird. Selbstmordanschläge stellen bei diesen schwierigen Rahmenbedingungen kein militärisches Instrument der RFK dar, können jedoch auf die noch bevorstehende politische Mandatsverlängerung des ISAF-Einsatzes im schlimmsten aller Fälle Einfluss haben. Im Großen und Ganzen stehen die Selbstmordattentäter jedoch isoliert von der afghanischen Gesellschaft dar, wie eine Umfrage zeigte. Im Zeitraum vom 14. bis 16. Mai 2007 wurden vom *National Centre for Policy Research* (NCPR) in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Provinz Kabul, Afghanistan, 1830 Personen zu Selbstmordattentaten in Afghanistan befragt. Von den befragten Personen fühlten sich 94 % persönlich bedroht, und 92 % waren der Meinung, dass das Selbstmordattentat ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Islam darstellt.

Im Ausblick muss trotzdem zusammengefasst werden, dass die Geduld vieler Geberländer bezüglich des Afghanistan-Engagements kontinuierlich durch die öffentliche Meinung sowie die negative Berichterstattung vieler Medien abzunehmen scheint. Die wirtschaftliche Entwicklungskurve in Afghanistan, ganz speziell im Norden, geht nach wie vor nach oben. Parallel zu diesem Trend steigt aber auch die Aufstansentwicklung an, hier speziell im Süden. Die Zukunft Af-

¹² Die Metapher wurde im Rahmen des Seminars am 11. April 2007 von Khumaro dargelegt.

¹³ Vgl. Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Reinbek bei Hamburg 2005, 177.

ghanistans wird letztendlich davon abhängen, ob es die positive Entwicklungskurve vermögen wird, die Negativentwicklung der Aufstandsbewegung zu dominieren, bevor die Geduld vieler Geberländer aufgebraucht ist. Umso wichtiger ist, dass die afghanische Zivilgesellschaft sich in Form der „Kabuler Resolution“ mit Selbstmordattentaten auseinandergesetzt hat und die Projektteilnehmer klar Stellung bezogen haben, indem sie das für Afghanistan seit 2001 neue Phänomen eindeutig als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Islam geächtet haben.